



Bürokratieabbau

Mit der Einführung einer Eigenerklärung zur **Sprachgruppenzugehörigkeit** sollen bürokratische Hürden im Vorfeld der **Gemeinderatswahlen** abgebaut werden.

von Sandra Fresenius

Für die Teilnahme an Gemeindevahlen reicht künftig eine Eigenerklärung zur Sprachgruppenzugehörigkeit. Die amtliche Erklärung muss in Zukunft nur noch von den gewählten Gemeinderäten nach der Wahl vorgelegt werden.

Die Vorlage der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, die im Landesgericht Bozen ausgestellt wird, ist eine Voraussetzung für eine Kandidatur bei Gemeindevahlen. Das sorgte bei den vergangenen Wahlen während der Einreichungsphase der Kandidaturen für lange Wartezeiten, Proteste, organisatorische Schwierigkeiten,

Da man aus Erfahrung wisse, wie lange die Digitalisierung in Südtirol auf sich warten lässt und auch bei öffentlichen Vergaben Eigenerklärungen ausreichen bzw. die vollständige Dokumentation einzig der Zuschlagsempfänger vorlegen muss, sei der Gesetzentwurf zur Einführung einer Eigenerklärung eine einfache Lösung, die zudem noch zum Bürokratieabbau beiträgt, so Rieder: „Die Mammutaufgabe der Digitalisierung ist nicht einmal richtig angelaufen, es hieß auf einen Beschlussantrag lediglich, dass man dieses Projekt „weiter vorantreibt“. Das Landesgericht hat über 840.000 Sprachgruppenzugehörigkeitserklärungen vorliegen und kommt aufgrund



Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung im Landesgericht Bozen: Lange Warteschlangen dürften der Vergangenheit angehören.

überlastete Mitarbeiter und weinende Antragsteller, die um ihre Fristen fürchteten, berichtet Maria Elisabeth Rieder, Landtagsabgeordnete vom Team K: „Das aktuelle Verfahren ist zeitaufwendig und nicht digitalisiert. Antragsteller müssen persönlich zum Landesgericht nach Bozen, um ihre Sprachgruppenzugehörigkeit zu erklären und die Bescheinigung abzuholen. Diese Situation ist sowohl für die Bürger als auch für das Personal belastend.“ Zwar hätte die SVP im Landtag bereits einen Antrag auf Digitalisierung der Bescheinigung eingebracht, doch die Umsetzung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.



Maria Elisabeth Rieder

Personalmangels nicht zu deren Bearbeitung.“ Um so größer außerdem die Hürden in der Bürokratie für die Kandidatur seien, desto schwieriger wäre es, überhaupt Kandidaten zu finden.

„Unser Vorschlag ist also mehr als vernünftig. Er ist simpel, sofort umsetzbar, verursacht keine zusätzlichen Kosten und ist vor allem sinnvoll“, freute sich Paul Köllensberger nach Genehmigung des Gesetzentwurfs. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung um in Zukunft kostspielige Fehlgriffe, wie im Sanitätsbetrieb oder auch den vielen Millionen Euro für nutzlose Softwarelösungen bei Alperia, zu vermeiden. Der Vorschlag des Team K wurde trotz vorherigen negativen Gutachtens des Rats der Gemeinden mit fünf Ja-Stimmen und drei Enthaltungen angenommen.